

Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend

Arbeit der Tagesmütter wertschätzen – pünktliche Bezahlung endlich sicherstellen!

I. Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend

Der Status der Kindertagespflege als alternative Betreuungsform zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen ist 2005 deutlich aufgewertet worden. Die Tagespflege gilt seitdem als eine einer institutionellen Kinderbetreuung gleichrangige Form der Betreuung und hat sich zunehmend professionalisiert. Rund 1 000 Kinder werden derzeit in Bremen durch Kindertagespflegepersonen betreut. Im Kontext des umzusetzenden Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren ab dem 1. August 2013 spielt die Kindertagespflege eine wichtige Rolle.

In der Stadtgemeinde Bremen ist mindestens seit dem Frühjahr 2007 bekannt, dass Tagespflegepersonen in der Regel nicht pünktlich bezahlt werden. Zuletzt debattierte die Stadtbürgerschaft am 4. November 2008 auf Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion (Drs. 17/251 S) zu diesem Thema. Eine schnelle Besserung der Situation wurde damals vom Senat in Aussicht gestellt. Allerdings ist seit vier Jahren nicht viel geschehen: Gerade für alleinstehende Tagespflegepersonen bedeutet die schleppende Antragsbearbeitung eine Gefährdung der eigenen Existenz. Immer wieder beklagen die Tagesmütter und Tagesväter die Geringschätzung ihrer Arbeit, die sie seitens des Sozialressorts und der Sozialzentren erfahren.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Probleme, vor denen Betroffene stehen, und den Herausforderungen, die der Ausbau der Kindertagesbetreuung an die Stadtgemeinde Bremen stellt, ist dieser Zustand nicht länger hinnehmbar.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die pünktliche und korrekte Bezahlung von Tagespflegepersonen, die ihre Entgelte von der wirtschaftlichen Jugendhilfe des Amts für Soziale Dienste erhalten, in allen Stadtteilen Bremens unverzüglich sicherzustellen.
2. das Abrechnungssystem für Tagespflegepersonen bis zu Beginn des neuen Kindergartenjahres zum 1. August 2013 zu vereinfachen und die Änderungen so umzusetzen, dass eine Problemverlagerung zu Pflegekinder in Bremen (PiB) ausgeschlossen ist.

Die Stadtbürgerschaft hat den Antrag am 20. November 2012 zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend überwiesen.

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend erstattet wie folgt Bericht:

Zu 1 und 2

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 3. Dezember 2013 und in der Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 19. Dezember 2013 wurde mit der Vorlage „Verlagerung von auf die Kindertagespflege bezogenen Aufgaben des Fachdienstes Wirtschaftliche Jugendhilfe an den Träger Pflegekinder in Bremen gGmbH“ (Ifd. Nr. 150/13 SKuJ) ein Ergebnis der

Bearbeitung der im Antrag benannten Anforderungen an eine Verbesserung der Zahlungsfristen und Abrechnungssystematik für Tagespflegestellen vorgelegt.

Im Beschluss wird der Verlagerung von auf die Kindertagespflege bezogenen Aufgaben des Fachdienstes Wirtschaftliche Jugendhilfe an den Träger Pflegekinder in Bremen gGmbH zugestimmt. Der Beschluss lautet:

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Verlagerung von auf die Kindertagespflege bezogenen Aufgaben des Fachdienstes Wirtschaftliche Jugendhilfe an den Träger Pflegekinder in Bremen gGmbH zu und nimmt den von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, dem Amt für Soziale Dienste und mit der PiB Pflegekinder in Bremen gGmbH abgestimmten Ergänzungsvertrag mit Wirkung zum 1. Januar 2014 zur Kindertagespflege zur Kenntnis.

Zielsetzung der Aufgabenverlagerung ist die Sicherstellung von fristgerechten Zahlungsabläufen an die Tagespflegestellen. Damit hat sich eine weitere Befassung mit dem Bürgerschaftsantrag 20. November 2012 erübrigt.

II. Beschlussempfehlung

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Weiterleitung des obigen Berichts an die Stadtbürgerschaft zu und empfiehlt, dem Antrag der Fraktion der CDU wegen Erledigung der im Antrag formulierten Aufträge nicht zuzustimmen.

Anja Stahmann
(Vorsitzende)

Klaus Möhle
(Sprecher)